

Stadt Braunschweig

Stellungnahme der Verwaltung

		<i>Fachbereich/Referat</i>	<i>Nummer</i>
		Dez. II	10951/15
zur Anfrage Nr. 3454/15 d. Frau/Herrn/Fraktion CDU - Fraktion vom 09.03.2015		Datum 16.03.2015	
		Genehmigung	
Überschrift Gab es einen „Paradigmenwechsel“? - Hat uns das Land bei der Leitstelle unnötig lange vertröstet?		Dezernenten Dez. II	
Verteiler Rat	Sitzungstermin 24.03.2015		

Die gestellten Fragen beantworte ich wie folgt:

Zu 1.:

Eine Absage der Polizei mit der Begründung, sie wolle sich deshalb nicht mehr an der Kooperativen Leitstelle beteiligen, weil es einen Paradigmenwechsel beim Land gebe, liegt der Verwaltung nicht vor.

Vielmehr hat die Polizeidirektion Braunschweig noch mit Schreiben vom 11. Dezember 2014 darum gebeten, dass die Stadt Braunschweig ein Finanzierungsmodell auf der Grundlage einer Mietpreislösung prüft und übermittelt. Daraufhin habe ich der Polizei mit Schreiben vom 16. Dezember 2014 mitgeteilt, dass ich den städtischen Gremien diese Mietlösung nicht empfehlen könne. Da das Land Niedersachsen klargestellt habe, dass eine unmittelbare Beteiligung an den Investitionskosten nicht in Betracht komme, müsse ich dem Oberbürgermeister empfehlen, dem Rat vorzuschlagen, das Projekt einer Kooperativen Leitstelle nicht weiter zu verfolgen. Einen entsprechenden Beschluss hat der Rat der Stadt nach Vorbereitung durch den Feuerwehrausschuss und den Verwaltungsausschuss dann in der Sitzung am 24. Februar 2015 gefasst.

Zu 2.:

Der Verwaltung ist eine offizielle Erklärung des Landes über einen solchen Paradigmenwechsel nicht bekannt. In den Gesprächen im Jahr 2014, die ich geführt habe, ist stattdessen stets über die notwendige technische Ausstattung einer Kooperativen Leitstelle, die möglichen Kosten eines solchen Investitionsvorhabens und deren Finanzierung diskutiert worden.

Zu 3.:

Die Anzahl der Arbeitsstunden, die auf Gespräche mit der Polizei entfallen, kann nicht genannt werden, da entsprechende Zeitaufschreibungen nicht erfolgt sind und auch nicht üblich sind. In diesem Zusammenhang ist weiter zu berücksichtigen, dass es zur Vorbereitung der Ratsentscheidung eine Vielzahl von Kontakten beispielsweise des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement oder des Fachbereichs Feuerwehr mit Dienststellen des Landes gegeben hat. Ich bitte um Verständnis dafür, dass eine seriöse Schätzung der Gesamtdauer all dieser Gespräche nicht möglich ist.

I. V.

gez.

Ruppert